



Susanne Schneider

Sprecherin für Gesundheit,
Sprecherin für Frauen,
Gleichstellung und Emanzipation

Rede am 4. Dezember 2014 im Rahmen der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 15 (Frauen, Gleichstellung, Emanzipation)

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Auf den ersten Blick zeigt der Etat für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation für das Jahr 2015 keine Veränderungen gegenüber dem diesjährigen. Auf den zweiten Blick hat sich aber doch etwas verändert. So wird beispielsweise den Frauenhäusern und den Frauenberatungsstellen für die kommenden drei Jahre Planungssicherheit gewährt, indem die Ausgaben bis einschließlich 2017 durch Ausweisung einer Verpflichtungsermächtigung verstetigt werden.

Für die Empfänger und Leistungserbringer ist dies freilich ein gutes, ein positives Signal. Ihre wertvolle Arbeit soll gesichert werden. Das kommt vielen Hilfsbedürftigen zugute. Haushaltstechnisch handelt es sich aber eher um eine unelegante Lösung, denn hier werden Gelder verfrühstückt, die noch gar nicht erwirtschaftet und vereinnahmt worden sind. Dadurch erhält diese Wohltat leider einen faden Beigeschmack.

In diesem Zusammenhang stelle ich mir die Frage, ob die Aufwendungen für die flächendeckende Einführung der anonymen Spurensicherung in Höhe von 400.000 € nun ebenfalls auf diesem Level für die kommenden drei Jahre eingefroren werden. Für die Vorbereitung einer landesweiten Installierung eines solchen Systems mag dieser Betrag zwar ausreichend sein; aber ich bezweifle, dass hiermit der Rollout finanziert werden kann, der nach jetzigen Planungen im Jahr 2016 anstehen wird und der unglaublich wichtig ist.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,
der Bereich Frauen, Gleichstellung und Emanzipation zählt zu den sogenannten freiwilligen Leistungen des Landes. Es gibt also keine gesetzlichen Verpflichtungen, die festschreiben, wo, wie und in welcher Höhe Ausgaben getätigt werden sollen. Der Etat kann also sehr variabel ausgegeben werden.

Mit dieser großen Handlungsfreiheit muss aber auch verantwortungsvoll und sorgsam im Sinne einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltspolitik umgegangen werden. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Für meine Fraktion darf ich betonen, dass wir uns an den Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit halten. Wir wollen dem Bürger nicht unnötig in die Tasche greifen. Die hier in Nordrhein-Westfalen immer noch angewendete Praxis, für Konsumausgaben immer neue Schulden aufzunehmen, geht zulasten künftiger Generationen. – Der Appell geht auch an Sie. Auch in diesem Etat steckt noch viel Luft. Und er trägt nur unzureichend zur Erreichung der Schuldenbremse im Jahre 2020 bei.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wie in den Vorjahren kommt Frau Ministerin auch in diesem Jahr nicht darum herum, dass ich Ihr kostspieliges Prestigeobjekt, die Kompetenzzentren „Frau und Beruf“, kritisiere, wie es Frau Jansen fast schon gefordert hat. Diese Zentren kosten immerhin 3 Millionen €.

Wir brauchen diese 16 Kompetenzzentren aber nicht. Es handelt sich nicht nur um eine Doppelstruktur. Die Aufgabenwahrnehmung ist auch noch sehr einseitig ausgerichtet, nämlich nur auf Frauen. Männer, LSBTTI schauen dabei in die Röhre. Hier zeigt sich: Gleichstellungspolitik wird in Nordrhein-Westfalen allzu oft gleichgesetzt mit Frauenpolitik und dem Ruf nach Quote.

Auch in Berlin scheint das jetzt als Allheilmittel gesehen zu werden. Ministerin Schwesig sagte vor Kurzem: „Dabei geht es um rund 170 Aufsichtsratsmandate für Frauen. Darum einen solchen Zinnober zu machen, leuchtet mir überhaupt nicht ein.“ – Nein, sehr geehrte Damen und Herren. Für 170 Frauen ein Gesetz zu machen, das leuchtet nicht ein, zumal diese 170 Frauen es auch ohne Quote geschafft hätten, jetzt aber den Stempel der Quotenfrau haben.

Frau Ministerin, vermutlich werden Sie es mir gleich wieder vorwerfen; ich darf daher Ihrer späteren Erwiderung vorgreifen und betone: Selbstverständlich setzten wir Liberale uns für eine innovative Frauenförderung ein. Sie muss unseres Erachtens schon bei der Berufswahlentscheidung ansetzen. Diese sollte nicht von der klassischen Geschlechterrolle, sondern vielmehr von Fähigkeiten und Interessen geleitet werden. Weiterhin bedarf es einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, angefangen beim U3-Ausbau bis zum Ganztagsausbau. Wir brauchen endlich genügend Plätze, in denen unsere Kinder eine gute und liebevolle Betreuung erfahren.

Wenn solche Ideen in Ihrem Haushaltsentwurf zu finden wären, würden wir diesem auch zustimmen. So muss ihn die FDP-Fraktion leider ablehnen.

Ich danke Ihnen.